

## **POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: RAHMEN FÜR KRISENMANAGEMENT UND EINLAGENSICHERUNG (CMDI)**

Wir Freie Demokraten fordern eine Fortentwicklung des europäischen Rahmens für das Krisenmanagement von Banken, das sich auf systemrelevante Banken konzentriert, kleine und mittlere Banken entlastet, die Institutssicherung und die nationalen Einlagensicherungssysteme bewahrt und die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen. Wichtig ist auch, in künftigen Verhandlungen zum europäischen Bankenaufsichtsrecht (CRD/CRR) die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen im Bankenaufsichtsrecht endlich zu beenden.

Mit der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) und dem Single Resolution Mechanism (SRM) sollen Steuerzahler und Kunden bei Schieflagen von Finanzinstituten geschützt werden sowie die kritischen Funktionen auch ohne staatliche Lösungen aufrechterhalten werden. Deshalb müssen systemrelevante Banken ausreichend Verlusttragfähigkeit vorweisen. Im Krisenfall soll das öffentliche Interesse an der Abwicklung einer Bank und die negativen Auswirkungen einer Insolvenz auf die Finanzstabilität, die Einleger und die Realwirtschaft abgewogen werden. Die Haftung der Gläubiger und Anteilseigner einer Bank, insbesondere durch die Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital („Bail-in“) oder auch Haircuts hat dabei grundsätzlich Vorrang vor dem Rückgriff auf Mittel der nationalen Einlagensicherung.

Die Kommission hat ein Paket zur Reform des Crisis Management and Deposit Insurance (CMDI) vorgelegt. Danach sollen die Instrumente zur Krisenbewältigung leichter als bisher auch auf kleinere und mittlere Banken angewendet werden können. Die Mittel der nationalen Einlagensicherungssysteme könnten nach dem Vorschlag der Kommission leichter zur Finanzierung von Krisenmanagementsystemen und für die Abwicklung kleinerer und mittlerer Banken herangezogen werden.

### **Unsere Position**

Wir Freie Demokraten stehen hinter den Zielen des europäischen Rahmens für das Krisenmanagement von Banken. Aus dem ungeordneten Scheitern von Finanzinstituten resultierende Risiken für die Finanzstabilität, die Realwirtschaft, die Einleger und die Steuerzahler müssen vermieden werden. Das ist auch die zentrale Lektion aus der letzten Finanzkrise im Jahr 2008.

Gleichwohl sehen wir mehrere Punkte im Überarbeitungsvorschlag der Europäischen Kommission kritisch. Wir haben erhebliche Zweifel am grundsätzlichen Ansatz des Kommissionsvorschlags und dem von ihr angeführten Problem einer angeblichen Umgehung der vorhandenen Regelungen und Einsatz von Steuerzahlergeld. Wir bezweifeln, dass die angestrebten Ziele auf dem von der KOM vorgeschlagenen Weg erreicht werden können. Stattdessen sollten die europäischen Gesetzgeber nach gezielten und passgenauen sowie ordnungspolitisch gebotenen Lösungen suchen.

Für uns Freie Demokraten sind dabei folgende sieben Punkte bei der Fortentwicklung des Rahmenwerks zentral:

1. **Abwicklungsplanung sollte nur für potenziell systemgefährdende Institute erforderlich sein:** Das Abwicklungsrahmenwerk war immer vor dem Hintergrund systemrelevanter Finanzinstitute entwickelt worden, da ihr Scheitern große Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Realwirtschaft haben kann. Daher sehen wir die Vorschläge hinsichtlich ihrer Reichweite als überschießend an.
2. **Kleine und mittlere Banken entlasten statt belasten:** Kleinere und mittlere Institute stellen im Falle von Schieflagen in der Regel keine Gefahr für die Finanzstabilität dar. Für sie bestehen bereits funktionierende und bewährte nationale Mechanismen und es bedarf keiner neuen Regelungen. Für kleine und mittlere Banken sollte daher weiterhin eine Abwicklung im Insolvenzverfahren den Regelfall ohne höheren Begründungsaufwand darstellen. Das europäische Prinzip der proportionalen Regulierung muss auch hier gelten.
3. **Institutssicherung bewahren:** Die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken haben sich in Deutschland über Jahrzehnte bewährt. Sie schützen die Finanzstabilität, die Einleger und den Steuerzahler. Ohne Institutssicherung würden die deutschen Banken und Sparkassen nicht mehr, sondern weniger widerstandsfähig. Die Bewahrung der Funktionsfähigkeit der Institutssicherungssysteme wurde aus diesem Grund auch von der Eurogruppe im Juni 2022 vereinbart.
4. **Verantwortung der Eigentümer und Gläubiger beibehalten:** Individuelle Haftung trägt zur Stabilität bei. Weiterhin sollte das Prinzip gelten, dass die Abwicklung in erster Linie aus internen Ressourcen, d.h. von Anteilseignern und Gläubigern der Bank bestritten wird. Daher sollte im Verlustfall auch die Anforderung eines 8-Prozent-Bail-in von Eigentümern und Gläubigern beibehalten werden, wenn auf den europäischen Abwicklungsfonds zugegriffen werden soll.
5. **Keine Abschaffung der Superpräferenz für Einlagensicherungssysteme:** Haben die Einlagensicherungssysteme im Abwicklungs- und Insolvenzfall keinen Vorrang mehr, wird die Finanzierung der Einlagensicherung für die Banken viel teurer und für die Kunden weniger leistungsfähig.
6. **Keine Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherung durch die Hintertür:** Mit dem Vorschlag der Kommission könnte in bestimmten Situationen leichter auf den europäischen Abwicklungsfonds zugegriffen werden, indem nationale Einlagensicherungssysteme anstelle der Anteilseigner und Gläubiger einer Bank Verluste tragen. Das sehen wir sehr kritisch. Eine etwaige Unterstützung des europäischen Abwicklungsfonds für die nationalen Einlagensicherungssysteme lehnen wir nachdrücklich ab. Als Freie Demokraten haben wir die Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) stets kritisch gesehen. EDIS würde keinen Zusatznutzen für die Finanzstabilität bringen, sondern die besonders bewährten Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gefährden.
7. **Bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Regulierung beenden:** Auch Staatsanleihen müssen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden. Gerade in einer Zeit steigender Zinsen können zu große Bestände an Staatsanleihen ein bedeutendes Risiko für Banken darstellen. Wir müssen künftigen Banken Krisen mit kluger Regulierung vorbeugen.